



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 28. November 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

41. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 27. November 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm zu folgenden Themen Berichte entgegen, an die sich jeweils eine Diskussion anschloss:

- **Auswirkungen der Umstrukturierungen bei der Barmer GEK**
durch Vertreter der Barmer GEK
Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP), [Umdruck 18/3139](#)
- **Geplante Änderungen der Finanzierung der Frauenhäuser ab dem Jahr 2015**
Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU), [Umdruck 18/3637](#)
- **zu erwartende Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes sowie der vom Bundesrat angestrebten Änderungen hinsichtlich der Ausnahme von Personen, die unmittelbar oder nach einer Wartezeit Ansprüche nach dem SGB II oder SGB XII erhalten sollen, auf die betroffenen Personen und die Träger der Aufgaben nach dem SGB II und dem SGB XII**
Antrag des Abg. Wolfgang Dudda (PIRATEN), [Umdruck 18/3654](#)
- **Aktueller Fall von Kindeswohlgefährdung im Kreis Bad Segeberg**
Antrag des Abg. Wolfgang Baasch (SPD), [Umdruck 18/3666](#)

Den Bericht der Landesregierung, **Konzept für Familienzentren**, [Drucksache 18/2026](#), nahm der Sozialausschuss abschließend zur Kenntnis.

Zum Antrag der Fraktion der CDU **Kinderwunsch darf nicht an Geld scheitern - Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch auch in Schleswig-Holstein helfen!**, [Drucksache 18/2049](#), will der Ausschuss weitere Informationen von Krankenkassen einholen.

Auch zum Antrag der Fraktion der CDU, **Nachqualifizierung von Hilfskräften im Pflegeberuf**, [Drucksache 18/2372](#), sollen weitere Auskünfte eingeholt werden.

Bezüglich der **Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Altenparlament“**, [Umdruck 18/3439](#), stellte der Ausschuss den Fraktionen anheim, Initiativen zu ergreifen.

Außerdem empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der FDP, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**, [Drucksache 18/2221](#), in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen. Gleichzeitig empfahl der Ausschuss, die für selbstständig erklärten Änderungsanträge der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/2255](#), und der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2267](#), mit Einverständnis der jeweiligen Antragsteller für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss setzte folgenden Punkt von der Tagesordnung ab:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/1467](#)

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Petra Tschanter